

**Medienmitteilung vom 11. November 2014**

## **Keine Erdgasförderung im Kanton Bern Fracking-Verbot ist dringend nötig**

**Die Grünen Kanton Bern sind erfreut, dass sich der Regierungsrat erneut gegen Fracking im Kanton Bern ausgesprochen hat. Den Worten müssen aber rasch Taten folgen: Die Grünen erwarten, dass der Regierungsrat die für das vom Grossen Rat verlangte Fracking-Verbot erforderliche Gesetzesrevision unverzüglich vorlegt. Gegen eine Bewilligung für die geplanten Sondierbohrungen in Rapperswil würden die Grünen auch juristische Möglichkeiten prüfen und nutzen.**

Geht es nach den Plänen der SEAG und der texanischen Peos AG, könnte in Rapperswil (BE) bald Erdgas gefördert werden. Dabei machte die SEAG wiederholt deutlich, dass in Rapperswil auch die umweltschädigende Fracking-Methode zur Anwendung kommen könnte. So sagte Patrick Lahusen, Verwaltungsrats-Vizepräsident der SEAG, im Juni gegenüber der NZZ, es sei völlig offen, ob eine allfällige Erdgasförderung in Rapperswil mithilfe von Fracking geschehen würde (NZZ vom 18. Juni 2014). Der Präsident der Schweizerischen Vereinigung von Energie-Geowissenschaften, Peter Burri, sagte gleichentags gar, die Möglichkeit, Schweizer Gasvorkommen ohne Fracking abzubauen, sei „eher bescheiden“ (NZZ vom 18. Juni 2014). Die Ankündigung des Konsortiums um die SEAG und die Peos AG, in Rapperswil nach Erdgas zu suchen, ist ein eindrückliches Zeichen für den Willen der Branche, auch im Kanton Bern ohne Rücksicht auf Verluste und Umweltschädigungen auf fossile Ressourcen zu setzen. Dass Patrick Lahusen die ablehnende Haltung des Regierungsrats zu Fracking in der heutigen Ausgabe der Zeitung „Der Bund“ als „ideologisch begründet“ abtut, unterstreicht einmal mehr, dass die SEAG eine „Hidden Agenda“ verfolgt und sich ignorant über politische Weichenstellungen hinwegsetzt.

Vor diesem Hintergrund begrüssen die Grünen Kanton Bern, dass sich der Regierungsrat in einer Interpellationsantwort vom 5. November 2014 erneut ablehnend gegenüber Fracking geäußert hat. Die Grünen fordern den Regierungsrat aber ein weiteres Mal auf, der Erdgasbranche umgehend und definitiv kundzutun, dass es im Kanton Bern nie eine Bewilligung für Fracking geben wird. Nur so lassen sich unveranschämte Schadenersatzforderungen der Erdgasbranche frühzeitig und klar verhindern. Die Grünen erwarten daher, dass der Regierungsrat die für das vom Grossen Rat verlangte Fracking-Verbot erforderliche Gesetzesrevision rasch vorlegt. Die im Juni eingereichte Stopp-Fracking-Initiative wurde von über 19'000 Bernerinnen und Bernern unterschrieben. Nach den positiven Sammelerfahrungen und der breiten Unterstützung für ein Fracking-Verbot im Grossen Rat sind die Grünen Kanton Bern überzeugt, dass die Stopp-Fracking-Initiative exzellente Chancen für die Volksabstimmung hat. Der Regierungsrat ist darum gut beraten, gegenüber der Erdgasbranche Klarheit zu schaffen.

Die Grünen Kanton Bern werden auch juristische Möglichkeiten prüfen und nutzen, um Vorarbeiten für mögliche Erdgasprojekte zu unterbinden. Mit der Erschliessung von

Erdgasreserven wird die Abhängigkeit von fossilen Ressourcen verlängert und der Umstieg auf erneuerbare Energien damit torpediert. Das ist weder energiepolitisch noch volkswirtschaftlich sinnvoll. Weiter ist der für die Erschliessung von fossilen Ressourcen erforderliche Landbedarf enorm und die Lärm- und Verkehrsbelastung für die Bevölkerung hoch.

**Für weitere Auskünfte:**

Regula Tschanz, Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern, 079 379 16 53